

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 13.05.2011

Keine Privatisierung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes in Niedersachsen zulassen - Entschärfung von Bomben und die Beseitigung von Munition bleibt staatliche Kernaufgabe!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Entschärfung von Bomben und die Beseitigung von Munition gehören zum Kernbereich der staatlichen Gefahrenabwehr und sind in die Strukturen von Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz eingebunden. Eine Privatisierung und somit das Aus-der-Hand-Geben einer so wichtigen staatlichen Kernaufgabe würde eine Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung bedeuten.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, unverzüglich die zum 1. Januar 2012 geplante Privatisierung der bisher vom Land im Rahmen der Amtshilfe für die zuständigen Gemeinden vorgenommenen Entschärfung von Bomben und Beseitigung von Munition zu stoppen.

Begründung

Der Minister für Inneres und Sport hat kürzlich mitgeteilt, dass zum 1. Januar 2012 der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) Niedersachsen an das Landesamt für Geoinformation und Landesentwicklung Niedersachsen (LGLN) angegliedert werden soll. Die bisher vom Land im Rahmen der Amtshilfe für die zuständigen Gemeinden vorgenommene Entschärfung von Bomben und die Beseitigung von Munition sollen privatisiert werden. Das Land will in diesem Zusammenhang Rahmenvereinbarungen mit privaten Firmen abschließen, auf die dann die Kommunen zurückgreifen können. Eine privatwirtschaftliche Organisation erschwert die Kontrolle über das beauftragte Unternehmen, und es besteht insbesondere das Risiko, dass Unternehmen, um Gewinne zu erzielen, an den Personalkosten sparen könnten. In diesem empfindlichen Bereich schlecht bezahltes Personal einzusetzen, ist lebensgefährlich. Ein Innenminister, der so etwas vorschlägt, ist ein Sicherheitsrisiko. Das Aus-der-Hand-Geben einer solchen Aufgabe im Kernbereich der staatlichen Gefahrenabwehr bedeutet eine Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung und muss deshalb unverzüglich gestoppt werden.

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin